



Pressemitteilung (Sperrfrist: 11. Dezember 2025, 10:00 Uhr)

Problembeschreibung *Antisemitismus in Bremen* veröffentlicht

Antisemitismus in Bremen: Betroffene werden weiterhin allein gelassen

Bremen (11.12.2025) – Antisemitismus begegnet Jüdinnen und Juden in Bremen in nahezu allen Bereichen ihres Alltags und reicht von Ausgrenzung bis hin zu Angriffen auf jüdische Einrichtungen. Dies zeigt die heute veröffentlichte Problembeschreibung „*Antisemitismus in Bremen*“. Eine zivilgesellschaftliche Meldestelle im Land wird daher dringend benötigt. Dies fordert neben dem Bundesverband RIAS auch die Jüdische Gemeinde des Landes Bremen.

Erste umfassende Studie zu Antisemitismus im Bundesland

Die vom Bundesverband RIAS erstellte Studie dokumentiert erstmals, wie Antisemitismus im Bundesland von Jüdinnen und Juden erlebt und wahrgenommen wird. Die Untersuchung basiert auf insgesamt 14 Interviews mit jüdischen Akteuren aus dem Bundesland Bremen sowie den Daten der polizeilichen Statistik für politisch motivierte Kriminalität (PMK) aus den Jahren 2014-2022 und der zivilgesellschaftlichen Dokumentation antisemitischer Vorfälle durch den Bundesverband RIAS für denselben Zeitraum.

Antisemitismus trifft Jüdinnen und Juden im Alltag

Jüdinnen und Juden aus Bremen berichten, wie sie bedroht, beschimpft und angegriffen werden – und das sowohl an Bildungseinrichtungen als auch in ihrem Wohnumfeld oder auf dem Weg zur Synagoge. Bereits Grundschulkinder werden antisemitisch beleidigt, geschlagen und ausgesperrt. Lehrkräfte greifen nicht ein oder sie verharmlosen antisemitische Gewalt.

Neben Anfeindungen gegen Einzelpersonen, darunter Morddrohungen, werden auch jüdische Einrichtungen zum Ziel antisemitischer Übergriffe, etwa durch Hakenkreuz-Schmierereien an einer Synagoge oder auf dem jüdischen Friedhof. Auch in Bremen ist es für viele Jüdinnen und Juden normal, vor dem Betreten der Synagoge zunächst notwendige Sicherheitsmaßnahmen zu passieren.

Eigene Meldestelle fehlt: Strukturelle Konsequenzen dringend nötig

Befragte kritisieren, jüdisches Leben werde überwiegend über das Gedenken an die Schoa verhandelt, die Perspektiven heute lebender Bremer Jüdinnen und Juden würden hingegen kaum wahrgenommen. Zivilgesellschaftliche Organisationen berichten währenddessen von

wachsendem Bedarf an Bildungs- und Beratungsangeboten. Die RIAS-Studie kommt daher zu einem eindeutigen Ergebnis: Bremen benötigt eine zivilgesellschaftliche Meldestelle für antisemitische Vorfälle, die dauerhaft mit den jüdischen Gemeinden im Land in Kontakt steht, Betroffenen zuhört und ihnen Unterstützungsangebote vermittelt, Antisemitismus systematisch dokumentiert und dadurch das Dunkelfeld erhellt.

Die Problembeschreibung „Antisemitismus in Bremen“ kann ab sofort unter report-antisemitism.de/findings/ eingesehen werden.

Für Rückfragen oder Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an Cord-Heinrich Plinke, Referent für Politische Kommunikation, unter: ch.plinke@rias-bund.de oder 0155 – 600 906 18

Der Bundesverband RIAS e. V. ist der Dachverband der RIAS-Meldestellen und verfolgt das Ziel einer einheitlichen Dokumentation antisemitischer Vorfälle auf Grundlage der IHRA Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Die RIAS-Meldestellen erfassen bundesweit antisemitische Vorfälle und vermitteln Unterstützung an Betroffene. In den Bericht flossen Vorfälle aus dem ganzen Bundesgebiet und von Meldestellen in zwölf Bundesländern ein.

Stimmen zur Veröffentlichung:

Benjamin Steinitz, Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS e. V.:

„Bremen weiß, dass es ein Antisemitismus-Problem hat: Unsere Problembeschreibung zeigt dies unmissverständlich – jüdische Gemeinden, Zivilgesellschaft und Verwaltung bestätigen diesen Befund. Die Einrichtung einer Bremer RIAS-Meldestelle wird von unterschiedlichen Seiten als Signal, Antisemitismus in Bremen proaktiv zu begegnen, fachlich begrüßt. Bei allem Verständnis für die angespannte Haushaltslage muss die Bremer Landespolitik die Frage beantworten, warum das in 12 Bundesländern erprobte RIAS-Konzept nicht auch in der Hansestadt eingeführt wird. Das bisherige Nicht-Agieren erweckt den Eindruck, die Bremer Landespolitik setze andere Prioritäten.“

Elvira Noa, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen:

„Der 7. Oktober 2023 beeinflusst das Leben der jüdischen Menschen, wöchentliche antiisraelische Demonstrationen beängstigen, verbale antisemitische Attacken gegen jüdische Kinder werden häufig berichtet. Lehrerschaft, Schulleitungen sind oft hilflos. Die Gesellschaft braucht eine Stelle, um antisemitische Vorfälle zu melden, Beratung im Umgang mit Antisemitismus und Rassismus zu bekommen. Bremen möge sich entscheiden, die Einrichtung einer RIAS-Stelle zu fördern. Die jüdische Gemeinde hat Vertrauen in deren Arbeit und würde es anerkennen, wenn den guten Worten der Politik Taten folgten.“

Anne Dwertmann, Geschäftsführerin der Jugendbildungsstätte LidiceHaus Bremen:

„Die kontinuierliche Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle gehört seit vielen Jahren zu den zentralen Aufgaben des Projekts Keine Randnotiz im LidiceHaus Bremen. Diese Arbeit ist nur mit verlässlicher Förderung möglich und orientiert sich an den Qualitätsstandards von RIAS, mit denen wir seit Jahren im engen und konstruktiven Austausch stehen. Bundesweite Standards sind entscheidend, um Antisemitismus sichtbar zu machen und Betroffene wirksam zu stärken.“